

Junge Generation und gesetzliche Rente: Pessimismus und Perspektiven

Eine Analyse der IG Metall basierend auf repräsentativen
Befragungsdaten von TNS Infratest



Mehr Rente - Mehr Zukunft

Seit Jahrzehnten sind die Bürgerinnen und Bürger mit Einschnitten in das gesetzliche Rentensystem konfrontiert. So kann das Rentenniveau (netto vor Steuern) nach dem Willen des Gesetzgebers von heute 47,5 Prozent bis zum Jahr 2030 noch weiter auf bis zu 43 Prozent sinken. *Genießt die **gesetzliche Rente** noch genug Vertrauen? Für wie **zukunftsfähig** hält insbesondere die junge Generation als künftige tragende Säule das System? Was ist sie bereit **beizutragen**?*

Anhand aktueller und repräsentativer Daten von TNS Infratest Politikforschung analysiert diese Kurzstudie die Einstellungen und Erwartungen der Menschen.

Methodensteckbriefe:

Repräsentative Befragung „Rente“	
Institut	TNS Infratest Politikforschung, Berlin
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl / Dual-Frame
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.046 Befragte
Fehlertoleranz	1,4 (bei einem Anteilswert von 5 %) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50 %) Prozentpunkte
Erhebungszeitraum	17. bis 20. Februar 2016

Repräsentative Befragung „Junge Generation“ (Seite 6f.)	
Institut	TNS Infratest Politikforschung, Berlin
Grundgesamtheit	Deutschsprachige Bevölkerung im Alter von 14 bis 34 Jahren
Stichprobe	Quotenstichprobe aus Access-Panel, Quotenvorgaben für Alter, Geschlecht, Bildung aus Mikrozensus
Erhebungsverfahren	Online-Befragung
Fallzahl	1.025 Befragte
Fehlertoleranz	1,4 (bei einem Anteilswert von 5 %) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50 %) Prozentpunkte
Erhebungszeitraum	18. bis 29. Juni 2015

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

1. Insbesondere die junge Generation glaubt kaum, dass ihre Rente später reicht

Fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sind mit Blick auf ihre persönliche Rente pessimistisch: 64 Prozent der Befragten glauben nicht, dass sie von ihrer Rente im Alter gut leben können. Unter den 18- bis 34-Jährigen gehen fast drei Viertel (73 Prozent) davon aus, dass sie überhaupt nicht oder eher nicht gut von ihrer Rente werden leben können.

2. Bei den Jüngeren überwiegt die Skepsis

Die Haltung zum jetzigen System der gesetzlichen Rentenversicherung ist gespalten: Die eine Hälfte zeigt (sehr) großes Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung (49 Prozent), bei der anderen Hälfte ist das Vertrauen gering bis gar nicht ausgeprägt (49 Prozent). Die junge Generation zeigt sich deutlich skeptischer: In der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen hat eine klare Mehrheit (60 Prozent) nur noch wenig bis gar kein Vertrauen in das jetzige Rentensystem.

3. Der Vertrauensverlust hat bei mehr als jedem Dritten zugenommen

Bei 38 Prozent aller Befragten (18- bis 34-Jährige: 37 Prozent) hat sich das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung innerhalb der vergangenen Jahre eher verschlechtert.

4. Trotz allem sind vor allem die Jüngeren bereit, in die gesetzliche Rente zu investieren

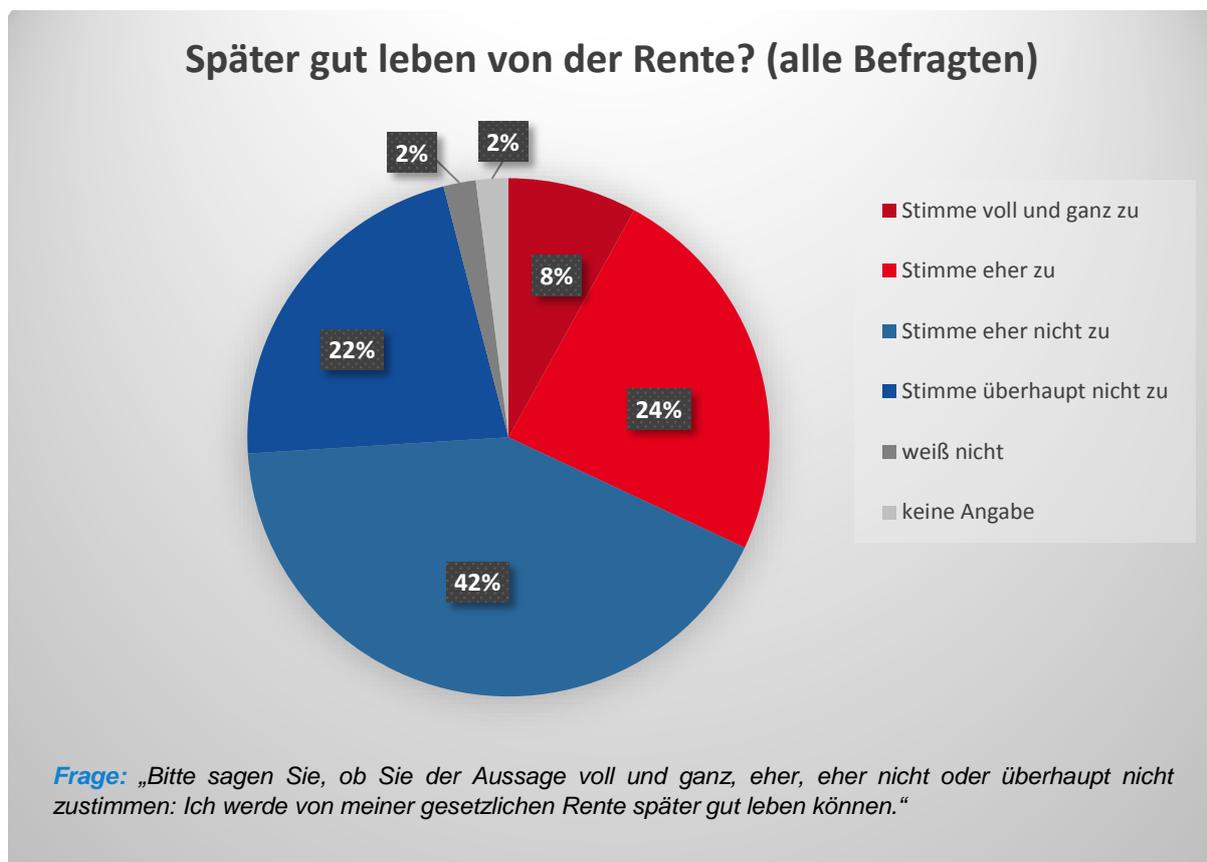
Der Pessimismus der Befragten führt aber nicht automatisch zu einer Abkehr vom gesetzlichen Rentensystem. Im Gegenteil wären fast drei Viertel (72 Prozent) der befragten Jüngeren und 61 Prozent aller Befragten bereit, auch höhere Rentenbeiträge zu zahlen, wenn dies zur späteren Sicherung ihres Lebensstandards beitragen würde.

5. Die Bürgerinnen und Bürger fordern eine Versicherung für alle Erwerbstätigen

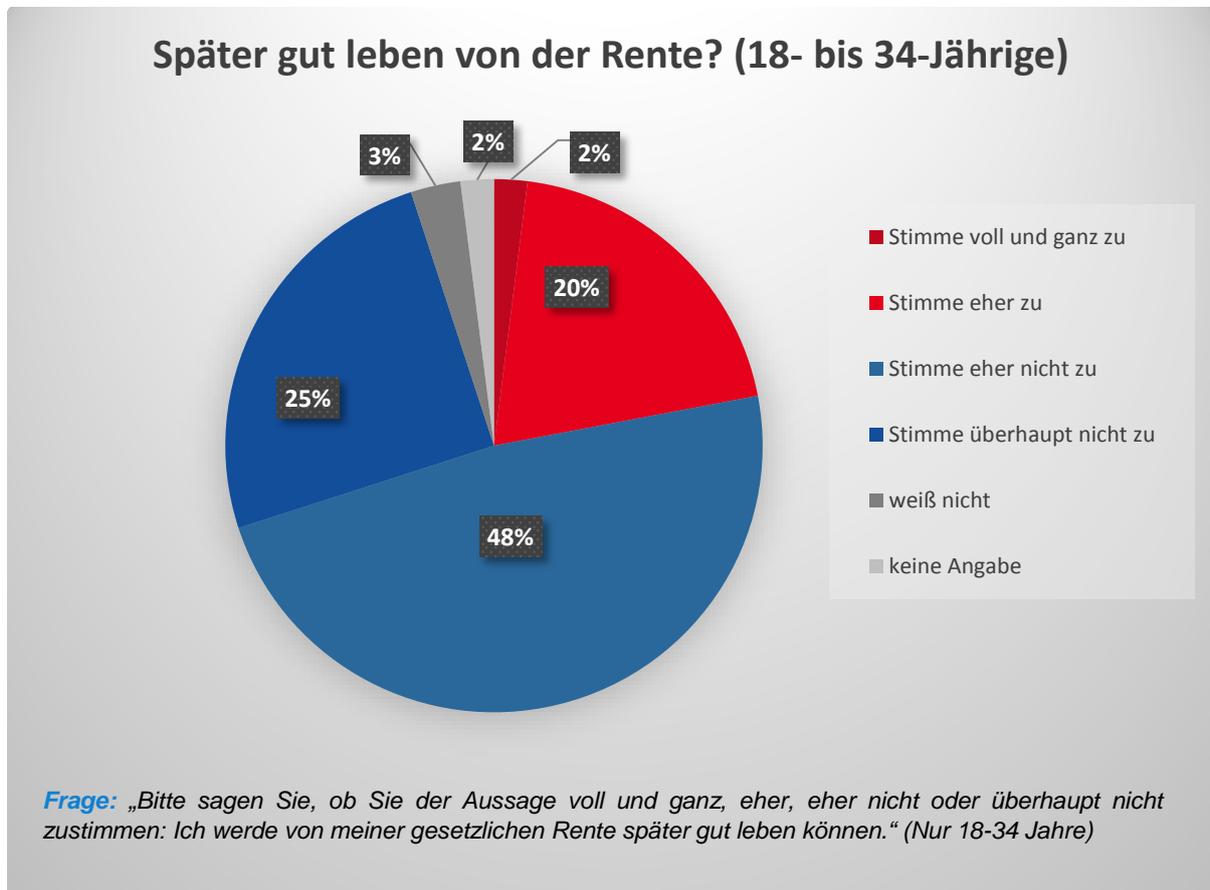
Vier von fünf Befragten (79 Prozent) halten die Weiterentwicklung der Rentenversicherung hin zu einer Erwerbstätigenversicherung für sinnvoll. Selbst unter den Beamten unterstützt fast die Hälfte (44 Prozent) eine gesetzliche Pflichtversicherung für sich, bei den Selbstständigen und Freiberuflern sind es 57 Prozent.

1. Persönliche Erwartungen an die eigene Rente: Jüngere pessimistischer als Ältere

Die Bürgerinnen und Bürger sind eher pessimistisch, wenn sie an ihre Altersversorgung denken. Lediglich knapp ein Drittel der von TNS Infratest befragten Menschen geht davon aus, im Alter von der gesetzlichen Rente gut (8 Prozent) oder eher gut (24 Prozent) leben zu können. Dagegen sind bei einer deutlichen Mehrheit die persönlichen Erwartungen an ein gutes Auskommen im Alter gering: 42 Prozent geben an, später eher nicht gut von ihrer Rente leben zu können. 22 Prozent glauben überhaupt nicht an eine gute Absicherung.



Ein noch pessimistischeres Bild hinsichtlich ihrer Erwartungen an die gesetzliche Rente zeichnet die junge Generation der 18- bis 34-Jährigen. Hier gehen fast drei Viertel davon aus, von der gesetzlichen Rente im Alter eher nicht gut (48 Prozent) oder überhaupt nicht gut (25 Prozent) leben zu können.



EXKURS

Rentenreformen und Wandel des Arbeitsmarkts belasten vor allem die junge Generation

Lebensstandard im Alter sinkt weiter

Mit der Jahrtausendwende vollzog die Politik im System der deutschen Alterssicherung einen Paradigmenwechsel: Hatte die gesetzliche Rente bis dahin die Funktion, im Alter weitgehend den Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger zu sichern, so trat jetzt die Stabilität des Beitragssatzes als Ziel in den Vordergrund. Der Gesetzgeber ersetzte den versorgungspolitischen Auftrag durch das Dogma der Beitragssatzstabilität: Um die Beitragssätze möglichst stabil zu halten, wurde allein in den vergangenen 15 Jahren das Leistungsniveau der Rente¹ von rund 53 auf aktuell nur noch 47,5 Prozent und damit um etwa zehn Prozent abgesenkt. Begründet werden die Kürzungen damit, die erwerbstätigen Generationen vor höheren Belastungen zu schützen. Bis zum Jahr 2030 sind weitere Leistungskürzungen von dann insgesamt über 15 Prozent möglich. Diese Kürzungen mindern die Renten dauerhaft.

Wandel am Arbeitsmarkt beeinflusst die Rente negativ

Neben den rentenpolitischen Richtungsänderungen trifft insbesondere ein massiver Wandel des Arbeitsmarkts die jungen Beschäftigten.

Die Zahl der sogenannten Normalarbeitsverhältnisse (unbefristete Vollzeitverträge) geht zurück. Jüngere Menschen erleben immer häufiger brüchige Erwerbsverläufe. Die Hälfte (48 Prozent) der 14- bis 34-Jährigen verzeichnet laut einer Umfrage von TNS Infratest im Sommer 2015 bereits Einschnitte und Brüche in ihrem bisherigen beruflichen Leben. 40 Prozent der Befragten (ohne Schüler und Studierende) waren in ihrem noch jungen Berufsleben bereits mindestens einmal länger als sechs Monate arbeitslos. 2010 betrug dieser Wert noch 34 Prozent. Gestiegen sind gleichzeitig auch die Werte atypischer Beschäftigungen: Fast jeder Dritte (31 Prozent) hat bereits als Leiharbeiter gearbeitet, ein Drittel (34 Prozent) der jungen Beschäftigten hat bisher nur befristete Arbeitsverträge gehabt.

Dieser Wandel des Arbeitsmarkts mindert sowohl Höhe als auch Kontinuität der Rentenbeiträge der jungen Generation, die für den späteren Rentenanspruch ausschlaggebend sind.

¹ Anm. d. Verf.: Das Rentenniveau wird gemäß § 154 Abs. 3 Nr. 2 SGB VI als Sicherungsniveau vor Steuern ausgewiesen. Es bildet das Verhältnis einer Standardrente nach Abzug der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung aber vor Steuern zum verfügbaren Durchschnittsentgelt ebenfalls ohne Steuererminderung, aber nach Abzug von im Schnitt zu entrichtendem Arbeitnehmersozialbeitrag und einem durchschnittlichen Aufwand zur zusätzlichen Altersvorsorge ab.

Persönliche Erfahrungen verstärken Skepsis gegenüber der eigenen Rente

Die Jüngeren haben ein deutliches Gespür dafür, wie sehr sich brüchige Erwerbsverläufe und atypische Beschäftigung einerseits sowie ein sinkendes Leistungsniveau bei der gesetzlichen Rente andererseits gegenseitig potenzieren. Entsprechend beobachtete laut der Umfrage aus dem Jahr 2015 mit 46 Prozent fast die Hälfte der unter 35-Jährigen, dass sich für sie die Möglichkeit verschlechtert hat, eine gute Alterssicherung zu haben. Gut ein Drittel (35 Prozent) gab an, die Situation habe sich nicht verändert und nur ein knappes Fünftel (19 Prozent) sah die persönliche Situation zum Positiven verändert an.

EXKURS

Der statistische Standard-Rentner ist nicht der reale Rentner

Trotz jahrzehntelanger Beitragszahlungen liegt die tatsächliche Altersrente in der Regel unter den statistischen Annahmen für die Standardrente. Sollte diese heute 1.314 Euro betragen, lag der tatsächliche Zahlbetrag für Altersrenten, bei dem allerdings die Pflichtbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung bereits abgezogen wurden, zuletzt bei durchschnittlich 975 Euro für Männer und 607 Euro für Frauen².

Jeder Bruch im Erwerbsleben wirkt sich unmittelbar auf die spätere Rente aus: Schon kurze Zeiten von Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung oder eine Tätigkeit mit Werkvertrag haben Folgen für die Rentenanwartschaft. Selbst bei ansonsten tendenziell erfüllten Erwerbsbiografien mit jahrzehntelangen Beitragszahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die spätere Altersrente hinter den statistischen Annahmen für die Standardrente zurück. Bei dieser wird eine Erwerbsbiografie von 45 Jahren unterstellt, bei der in jedem Jahr genau ein Durchschnittseinkommen (1 Entgeltpunkt) erzielt wurde. Doch die Realität sieht zunehmend anders aus, wie ein Vergleich der statistischen Standardrente und der Rente nach einem realistischen Erwerbsverlauf zeigt.

² vgl. DRV Bund: Rentenversicherung in Zeitreihen 2015, S. 124f.

Erwerbsbiografie Kfz-Handwerker vs. Eckrentner (Entgeltpunkte/Jahr)



Quelle: Eigene Berechnung

Die Grafik zeigt das Beispiel eines Beschäftigten im hessischen Kfz-Handwerk. Er beginnt mit 17 Jahren eine dreijährige Ausbildung und steigt ein Jahr nach seiner Übernahme in die tarifliche Entgeltgruppe 3 auf. Der Beschäftigte arbeitet durchgehend mit tariflichen Entgelten im erlernten Beruf, wird dazwischen allerdings zwei Mal arbeitslos (3 bzw. 2 Jahre mit einem Jahr Arbeitslosengeld-I- und anschließendem Arbeitslosengeld-II-Bezug). Wegen einer zwischenzeitlichen Zusatzqualifizierung steigt er mit 54 Jahren in die Entgeltgruppe 5 auf. Mit 63 Jahren ist er körperlich jedoch nicht mehr in der Lage, seinen belastenden Beruf auszuüben. Er geht unter Inkaufnahme hoher Abschläge mit 63 Jahren in die Altersrente für langjährig Versicherte.

Obwohl der Beschäftigte im Beispiel insgesamt etwa durchschnittlich verdiente, führen die Brüche in seinem Arbeitsleben zu einer deutlich geminderten Rente. In aktuellen Werten gerechnet, erhält der Kfz-Handwerker mit 39,5 statt 45 gesammelten Entgeltpunkten statt 1.314 nur 1.054 Euro Altersrente (brutto) – ein Minus von monatlich 260 Euro gegenüber der statistischen Annahme. Insgesamt kommen Beschäftigte mit „erfüllten Erwerbsbiografien“ (mindestens 35 Beitragsjahren in der Rentenversicherung) im Schnitt auf knapp 43 Entgeltpunkte.³

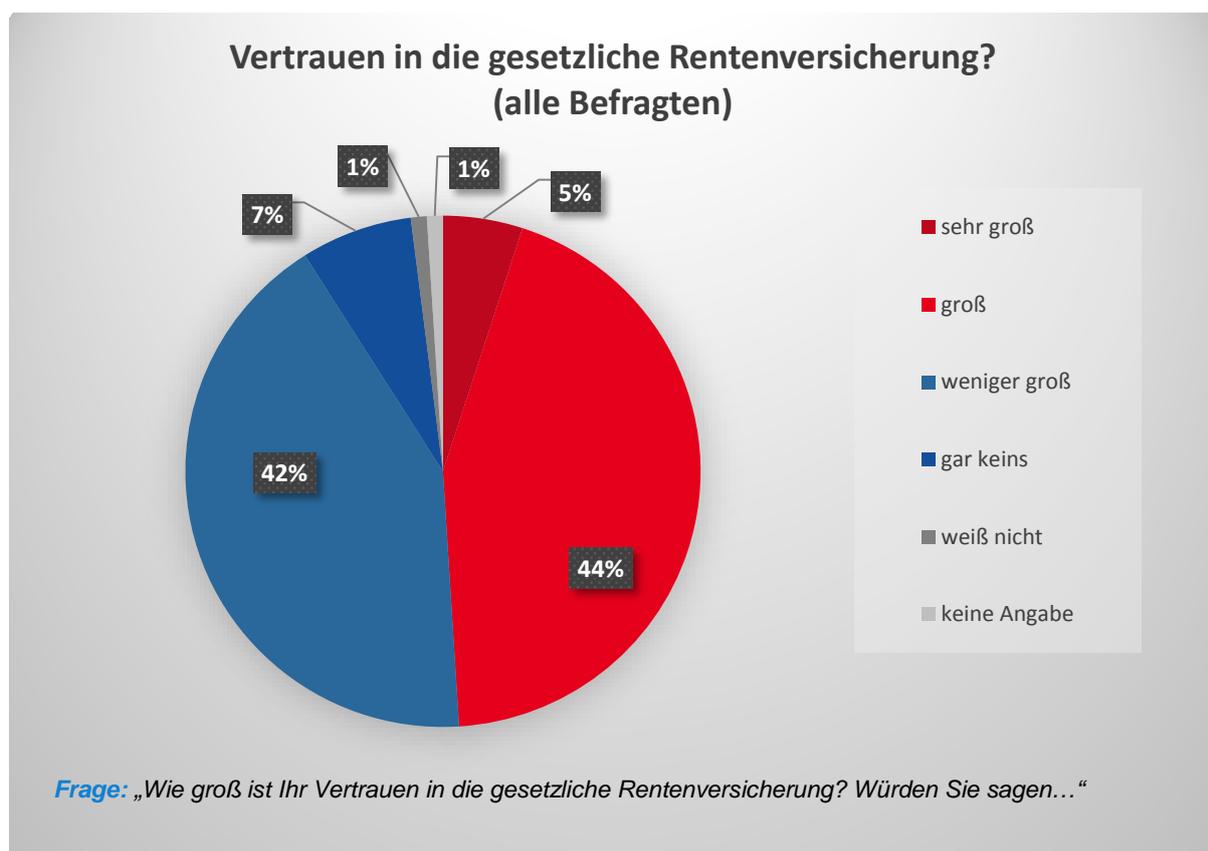
³ Eigene Berechnung nach Statistik der Rentenversicherung, Bd. 203 – Rentenzugang 2014, 161.00 Z, S. 37

2. Legitimation des gesetzlichen Rentenversicherungssystems

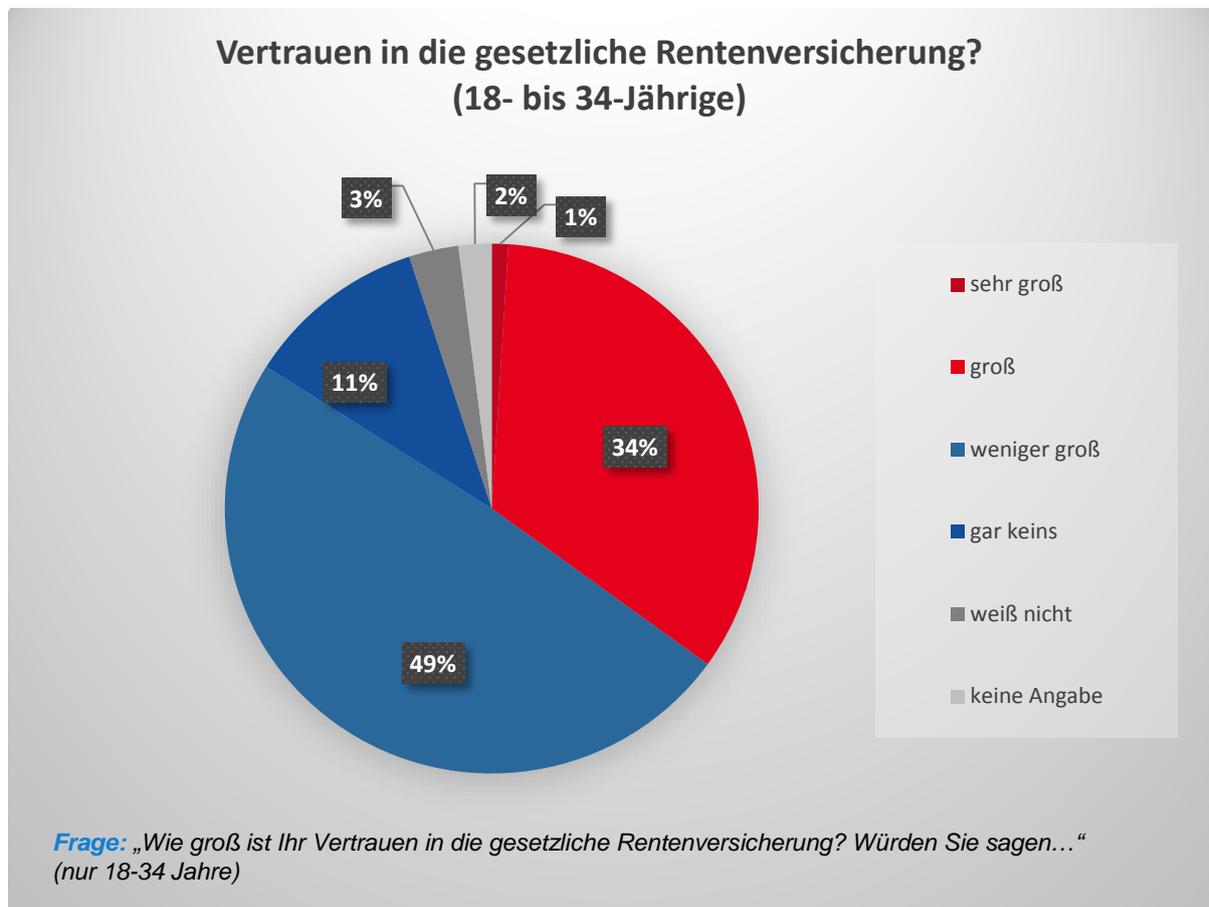
Wenn sich wegen des Wandels am Arbeitsmarkt und der politisch beschlossenen Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Rente die Aussichten auf eine auskömmliche Versorgung im Alter verschlechtern, droht einem Pflichtversicherungssystem wie der Rentenversicherung eine existenzbedrohende Legitimationskrise. Daher ist die Frage des Vertrauens in das System von zentraler Bedeutung.

2.1 Mehrheit der Jüngeren vertraut dem Rentensystem nicht

Beim Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zeigen sich die Befragten sehr gespalten. Fast genau die Hälfte hat ein großes (44 Prozent) oder sogar sehr großes (fünf Prozent) Vertrauen in das staatliche Rentensystem. Auf der anderen Seite signalisiert die andere Hälfte ein weniger großes (42 Prozent) oder sogar gar kein (sieben Prozent) Vertrauen in die Rentenversicherung

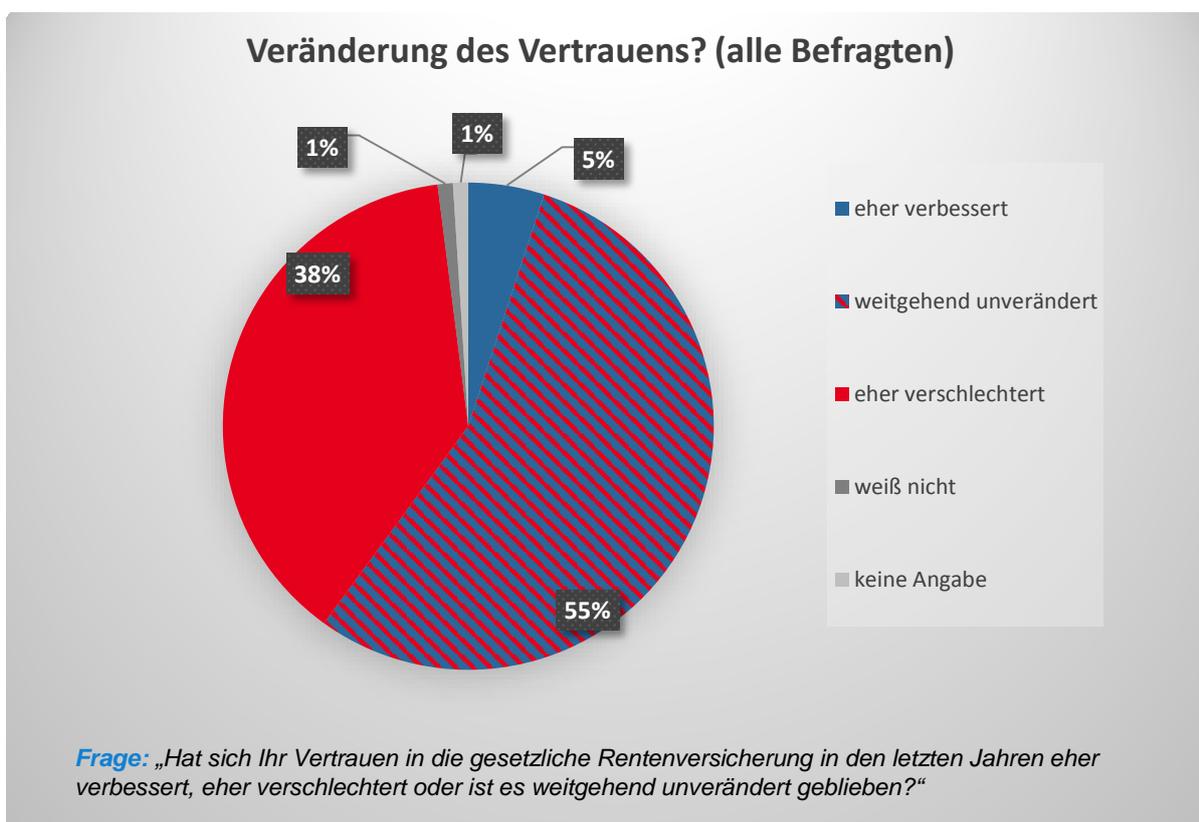


Bei den Jüngeren fällt die Antwort auf die Vertrauensfrage im Schnitt deutlich negativer aus. In dieser Altersgruppe ist es nur noch gut ein Drittel der Befragten, das großes oder sehr großes Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung äußert. Entsprechend haben 60 Prozent eher ein geringes Vertrauen, während immerhin fünf Prozent hierauf keine Antwort wissen oder keine Angabe machen.

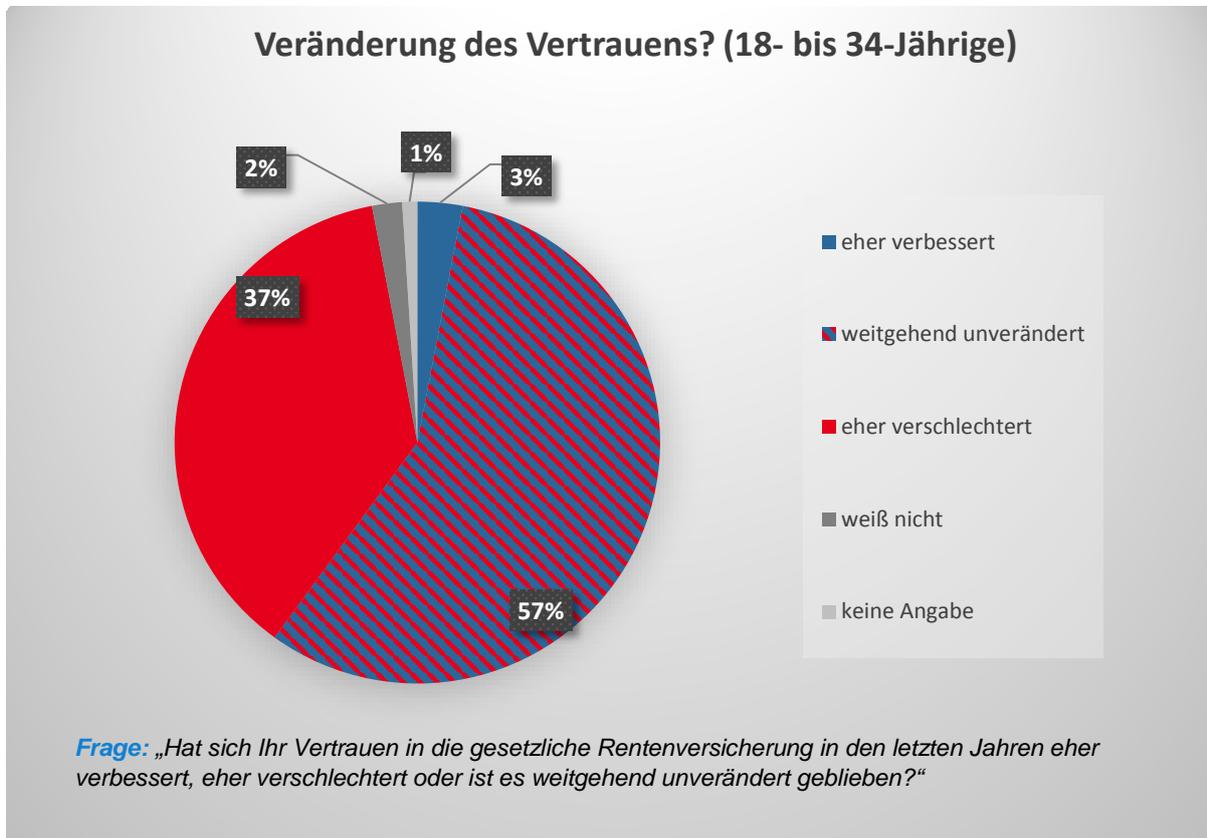


2.2 Vertrauensverlust ist größer geworden

Das Ansehen der gesetzlichen Rentenversicherung hat in den vergangenen Jahren gelitten. Deutlich mehr als ein Drittel der Befragten (38 Prozent) gibt an, dass sich das Vertrauen in den letzten Jahren zum Negativen verändert hat. Lediglich fünf Prozent können Verbesserungen erkennen. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) nimmt keine Veränderungen bei ihrem persönlichen Vertrauen in das gesetzliche Rentensystem wahr. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, ob die Antworten auf Basis von vorhandenem oder ohnehin bereits fehlendem Vertrauen in die Rentenversicherung gegeben wurden.



Mit Blick auf die junge Generation im Alter von 18 bis 34 Jahren gibt es in dieser Frage keine signifikanten Abweichungen zum Ergebnis bei allen Befragten. 37 Prozent geben an, in den vergangenen Jahren Vertrauen verloren zu haben und drei Prozent gewannen Vertrauen hinzu. Auch hier dominieren jedoch mit 57 Prozent diejenigen, deren Vertrauen weitgehend unverändert geblieben ist.



EXKURS

Schwächen der privaten Altersvorsorge

Die Ergebnisse zum Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung sind ein deutliches Warnsignal. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere auch die jüngeren Beschäftigten, stehen angesichts geringerer Rentenleistungen im Alter vor großen Versorgungsproblemen und einem Dilemma: Während die Leistungen des paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Umlageverfahren finanzierten Rentensystems immer weiter abgesenkt werden, stellen die Kapitalmärkte keine hinreichende Alternative für die Alterssicherung dar. Dies hat sich spätestens mit der Finanzmarktkrise ab 2008 und der andauernden Niedrigzinsphase deutlich gezeigt.

Geringe Relevanz der Riesterrente

Insbesondere die Idee einer staatlich geförderten Zusatzversorgung („Riesterrente“) muss als gescheitert betrachtet werden. So wurden seit ihrer Einführung zwar etwa 16 Mio. Riester-Verträge abgeschlossen, allerdings sind davon rund 20 Prozent ruhend gestellt.⁴ Gleichzeitig leisten die privat Versicherten nur bei etwa 6,4 Mio. aktiven Riester-Verträgen genug Eigenbeitrag und erhalten die vollen staatlichen Zulagen. Ein großer Teil der Versicherten sorgt folglich gar nicht oder zumindest nicht in dem Umfang mit einer Riesterrente vor, wie es der Gesetzgeber als Ausgleich für das sinkende Rentenniveau eigentlich vorgesehen hatte. Im Jahr 2012 ging die Bundesregierung davon aus, dass rund 30 Prozent der Beschäftigten über keine Ansprüche aus zusätzlicher Altersvorsorge verfügen.⁵

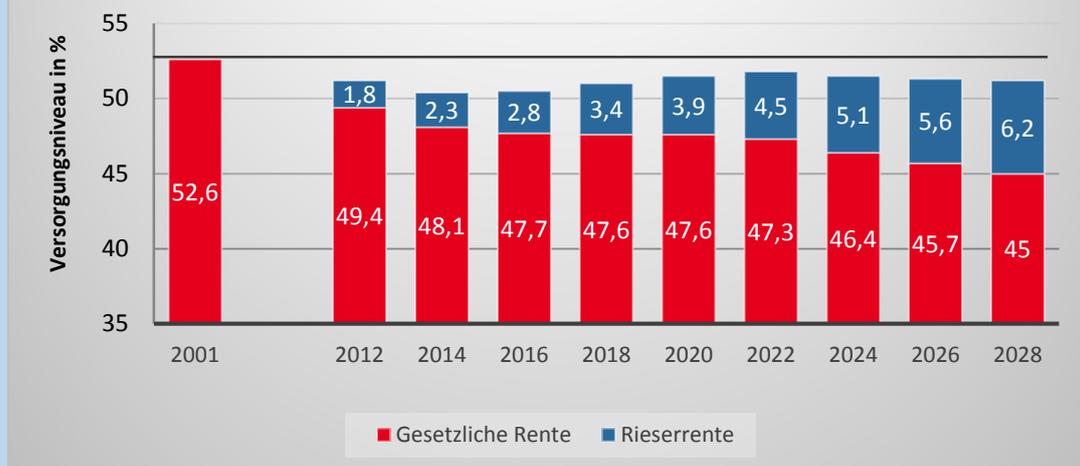
Riesterrente kann sinkendes Rentenniveau nicht ausgleichen

Selbst wer mit insgesamt vier Prozent seines rentenversicherungspflichtigen Einkommens zusätzlich vorsorgt und folglich die volle Zulagenförderung erhält, eine Rendite von vier Prozent im Jahr erreicht und eine von der Bundesregierung unterstellte Kostenbelastung von zehn Prozent für seinen Vertrag hat, kann mit der geförderten Zusatzvorsorge das sinkende Leistungsniveau der gesetzlichen Rente zu keinem Zeitpunkt vollständig ausgleichen.

⁴ vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/3628, S. 3

⁵ vgl. Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 2012

Gesamtversorgungsniveau aus gesetzlicher Rente und Riesterrente bis 2028 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2015, S. 40, Übersicht B8

Verstärkung der sozialen Ungleichheit

Zudem ist die Riesterförderung sozial unausgewogen. Personen mit höheren Einkommen profitieren überdurchschnittlich von der staatlichen Förderung. So kommen rund 38 Prozent der Gesamtförderung den 20 Prozent mit den höchsten Einkommen zugute. Die Bezieher der geringsten Einkommen (untere zwei Zehntel der Einkommen) erhalten hingegen lediglich 7,3 Prozent der gesamten Förderung. Gerade bei den Haushalten mit den niedrigsten Einkommen kommt die Zulagenförderung deutlich seltener an als bei mittleren oder auch höheren Einkommensgruppen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Verbreitung der Riesterrente: Während bei den unteren beiden Einkommenszehnteln nur 15 bzw. 18 Prozent der Haushalte eine Zulagenförderung erhalten, beträgt dieser Anteil in den anderen Einkommensgruppen zwischen 28 und 34 Prozent.⁶

Undurchschaubare Kosten

Auch erweisen sich die privaten Versicherungsverträge mitunter als weniger rentabel als von der Bundesregierung angenommen. Lag allein der Garantiezins bei Einführung der Riesterrente noch bei 3,25 Prozent, wurde er schrittweise auf aktuell nur noch 1,25 Prozent abgesenkt. Zudem behalten die Versicherungsunternehmen teilweise deutlich mehr für sich, als von der Regierung angenommen. Statt bei den unterstellten zehn Prozent des Vorsorgeaufwands liegen die Kosten für Riester-Verträge im Schnitt bei fast 13 Prozent. Bei den teuersten Verträgen behalten die Versicherer sogar mehr als 20 Prozent für sich.⁷

⁶ vgl. G. Corneo, C. Schröder, J. König: „Distributional Effects of Subsidizing Retirement Savings Accounts: Evidence from Germany“, Berlin 2015

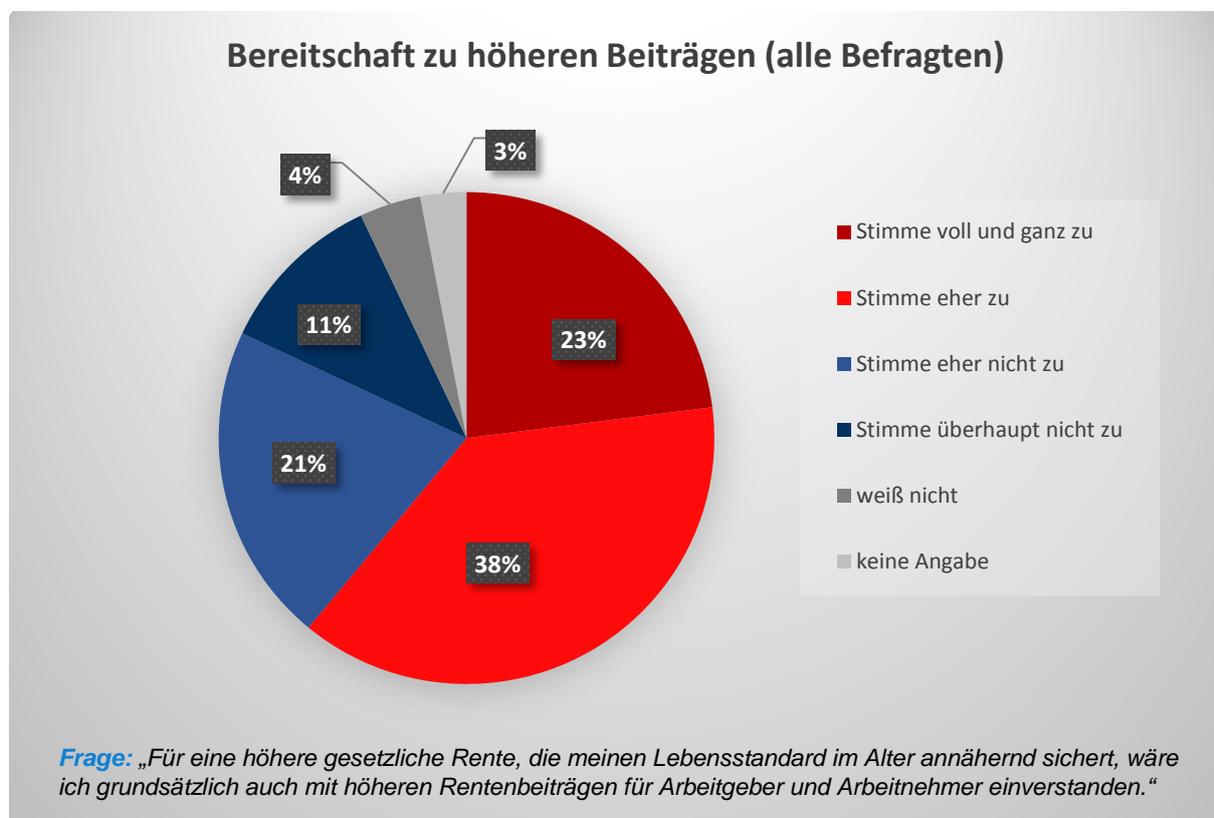
⁷ vgl. Munich Center for the Economics of Aging (mea), in: MEA Discussion Papers. Die Kosten der Riester-Rente im Vergleich. 2013, S. 33

3. Auswege aus der Vertrauenskrise: Einstellungen zu Reformoptionen

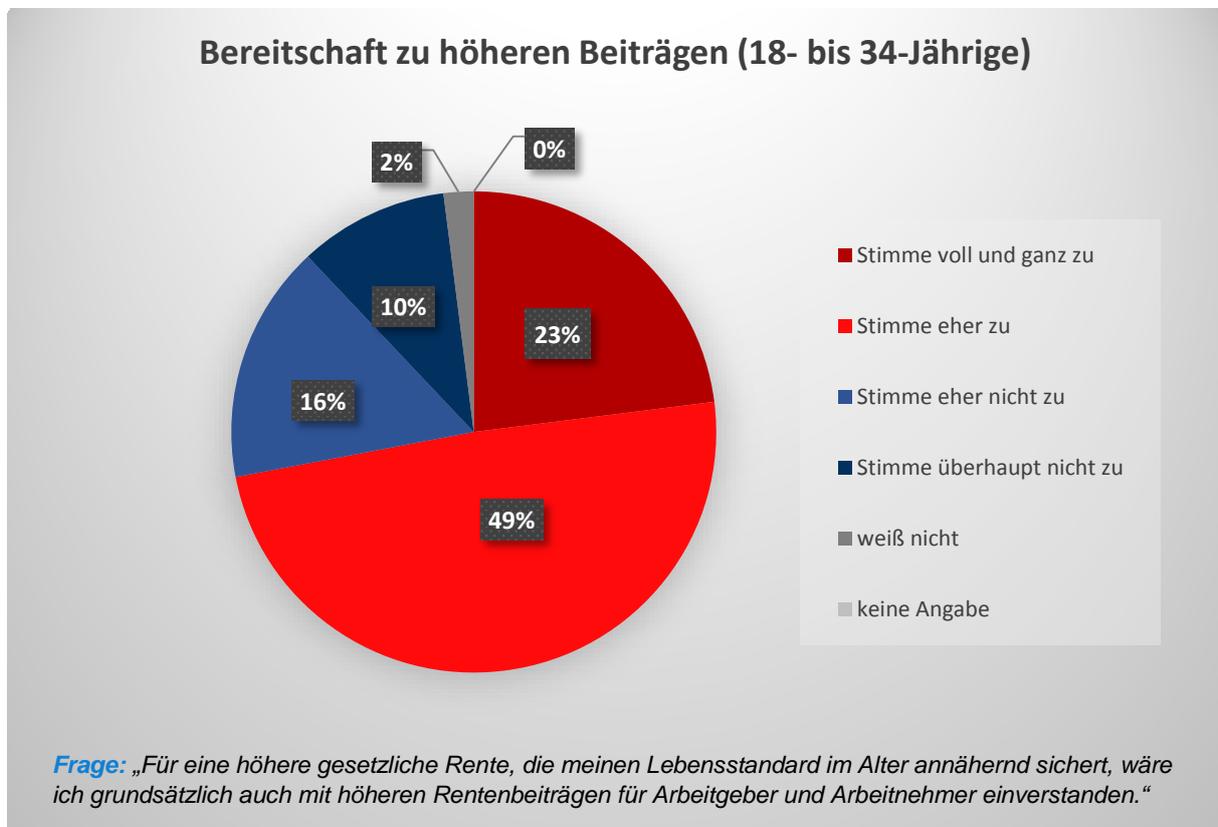
Trotz oder gerade wegen der vorweg beschriebenen Skepsis sind die Bürgerinnen und Bürger bereit, das gesetzliche Rentensystem zu stärken. Eine solche Stärkung ist notwendig, um die drohende Legitimationskrise der Rentenversicherung nicht gar zu einer Sozialstaatskrise werden zu lassen. Die Untersuchung zeigt, dass insbesondere die junge Generation zu einer Rettung der gesetzlichen Rente bereit ist.

3.1 Gerade Jüngere zu höheren Beiträgen bereit – wenn die Leistung stimmt

Ein Mittel zu einer Stabilisierung des Rentenniveaus ist die Anhebung der Beitragssätze der Versicherten. Der Repräsentativbefragung zufolge sind auffällig viele Befragte persönlich und grundsätzlich zu höheren Beiträgen bereit, wenn dafür die gesetzliche Rente zukünftig wieder annähernd den Lebensstandard im Alter sichern würde. Diesem Ansatz stimmt unter allen Befragten mit insgesamt 61 Prozent eine klare Mehrheit zu. Etwa ein Drittel der Befragten stehen höheren Rentenbeiträgen selbst bei der Aussicht auf eine höhere gesetzliche Rente eher (21 Prozent) oder völlig (11 Prozent) ablehnend gegenüber. Immerhin sieben Prozent wissen hierauf keine Antwort oder machen keine Angaben.



Bei der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen fällt das Ergebnis nochmals eindeutiger aus. Von ihnen wären fast drei Viertel mit höheren Beiträgen voll und ganz (23 Prozent) oder eher (49 Prozent) einverstanden. Nur rund ein Viertel würde einen solchen Weg eher nicht (16 Prozent) oder überhaupt nicht (zehn Prozent) unterstützen. Nur rund ein Viertel würde einen solchen Weg eher nicht (16 Prozent) oder überhaupt nicht (zehn Prozent) unterstützen.

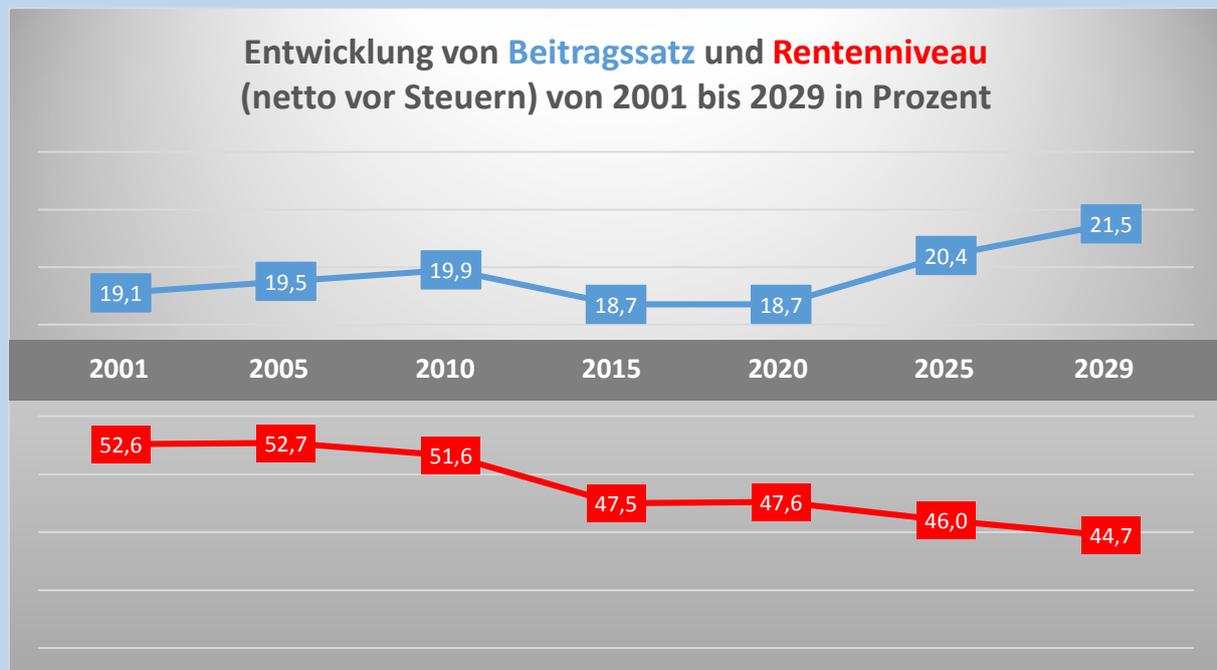


EXKURS

Die Rolle von Beiträgen in der gesetzlichen Rentenversicherung

Die von der Politik für die nächsten Jahre festgelegten Höchstbeiträge (20 Prozent im Jahr 2020; 22 Prozent im Jahr 2030) sind nur eine scheinbare Hilfe für die Versicherten. Das Dogma der Beitragssatzstabilität führt dazu, dass der anteilige Beitragssatz der Arbeitgeber auf zehn bzw. elf Prozent begrenzt ist. Die Kosten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegen bei der gesetzlichen Rentenversicherung zwar auf gleicher Höhe. Weil sie das sinkende Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung privat durch zusätzliche Altersvorsorge am Kapitalmarkt ausgleichen müssen – sofern sie dazu finanziell überhaupt in der Lage sind –, kommen aber weitere Kosten auf sie zu, an denen sich die Arbeitgeber in aller Regel nicht beteiligen.

Derzeit liegt der Beitragssatz bei 18,7 Prozent. Nach den Prognosen der Bundesregierung soll er ab dem Jahr 2021 schrittweise bis auf 21,5 Prozent im Jahr 2029 ansteigen. Im gleichen Zeitraum soll dann das Rentenniveau weiter sinken.



Quelle: Eigene Darstellung nach Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2015, Übersichten B7 und B8

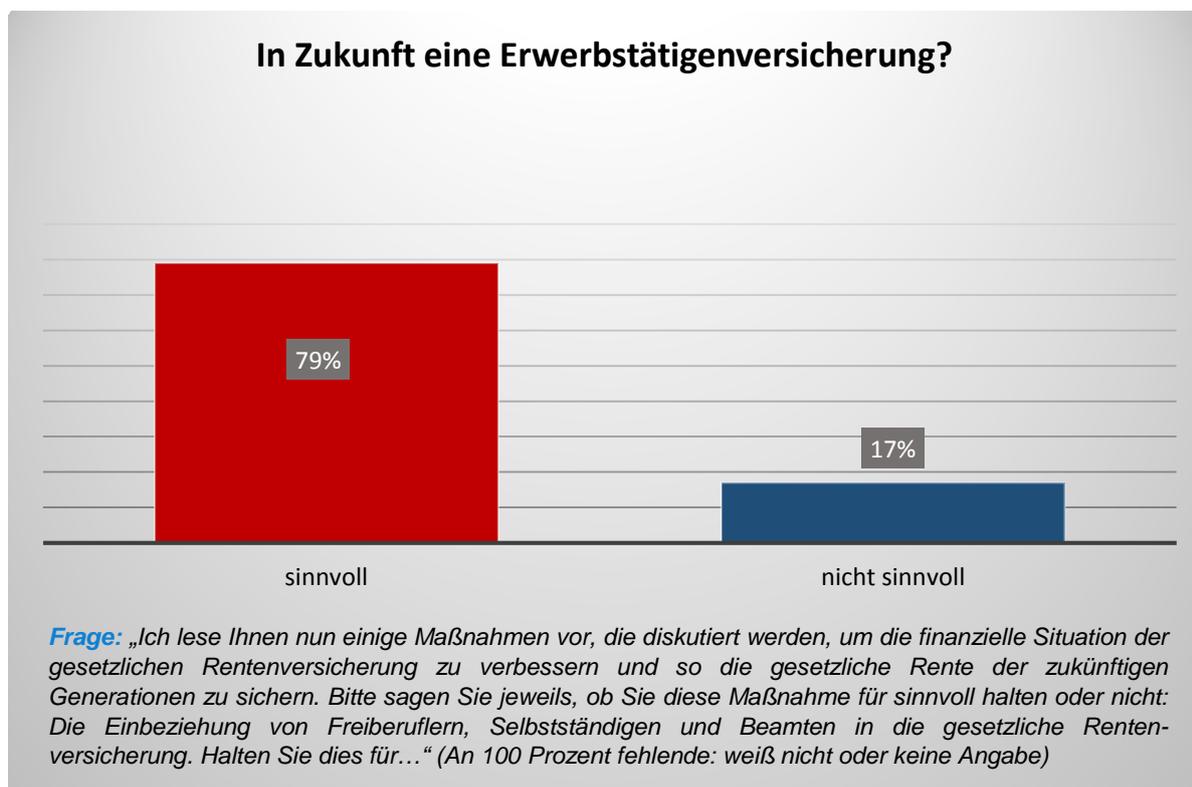
Beitrags-Dogma befördert sozialen Abstieg

Wird der Trend steigender Beiträge bei weiter sinkenden Leistungen nicht durchbrochen, droht sich die oben dargestellte Vertrauenskrise weiter zu verschärfen und zu einer massiven Legitimationskrise der gesetzlichen Rentenversicherung auszuweiten. Gleichzeitig drohen massive Versorgungsprobleme im Alter. Selbst Beschäftigten mit mittleren Einkommen droht im Alter der soziale Abstieg oder gar Armut.

Um dies zu verhindern, fordert die IG Metall, das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung zu stabilisieren und dann schrittweise anzuheben, um wieder eine angemessene Lebensstandardsicherung im Alter zu gewährleisten. Allerdings wird es dies nicht zum Nulltarif geben, sondern einen etwas höheren Beitragssatz erforderlich machen. Gerade die Jüngeren sind bei entsprechenden Leistungsverbesserungen dazu mit deutlicher Mehrheit bereit.

3.2 Großer Zuspruch für Erwerbstätigenversicherung

Neben der Bereitschaft zu einer persönlichen direkten Stärkung des Systems untersuchte TNS Infratest die Akzeptanz für einen Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung. So diskutiert die Politik aktuell die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer Erwerbstätigenversicherung, in der dann u.a. auch Selbstständige, Beamte und Politiker pflichtversichert wären. Einen solchen Weg würde eine deutliche Mehrheit von 79 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung unterstützen.



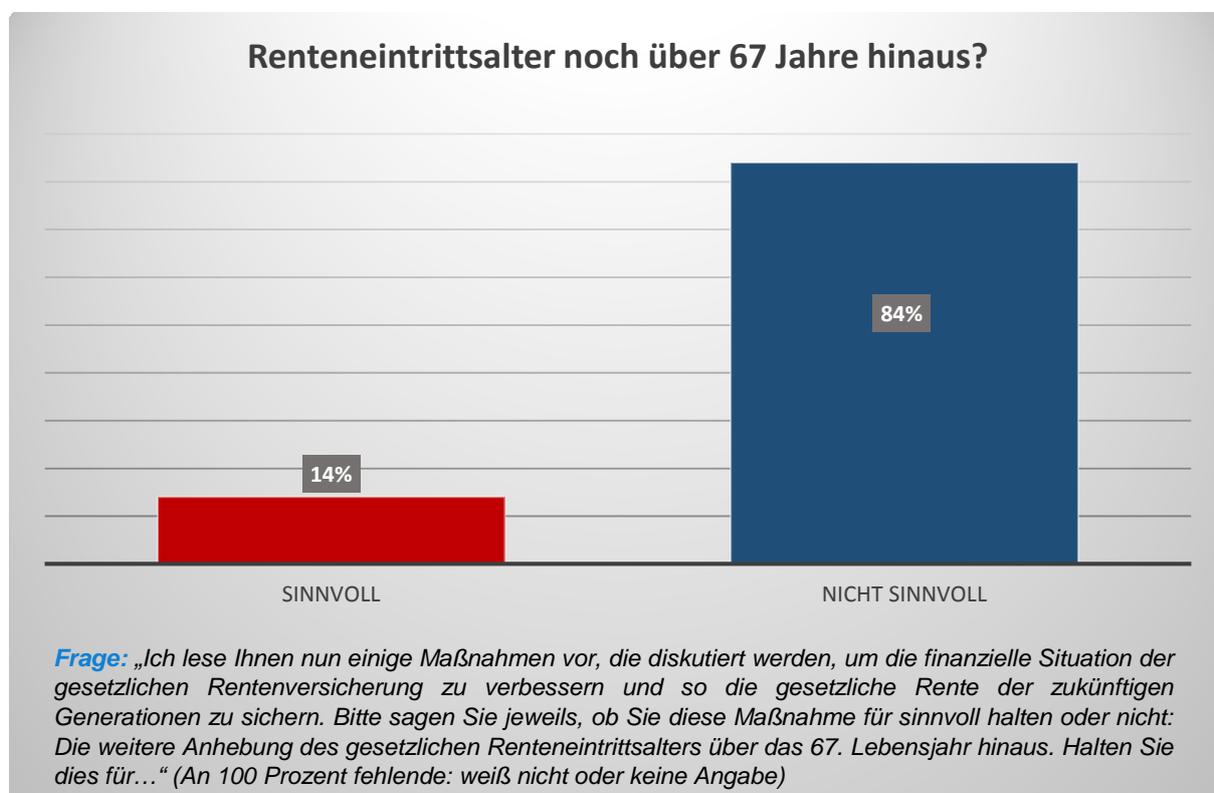
Bei dieser Frage gab es nur einen geringfügigen Unterscheid zwischen den Antworten aller Befragten und denen der Altersgruppe 18 bis 34 Jahre.

Auffällig sind hingegen die Einstellungen derjenigen Berufsgruppen, die derzeit über keine obligatorischen bzw. andere Systeme der Alterssicherung verfügen und von einer Erwerbstätigenversicherung neu erfasst würden. So betrachtet mit 44 Prozent fast jeder zweite Beamte die Einführung einer entsprechenden Versicherung für alle Erwerbstätigen als sinnvoll. Noch deutlicher fällt das Ergebnis bei den Selbstständigen und Freiberuflern aus. Hier votiert mit 57 Prozent eine deutliche Mehrheit für ein Pflichtversicherungssystem für alle Erwerbsformen.

3.3 Bürger lehnen Erhöhung des Renteneintrittsalters einhellig ab

Die in Teilen der Politik noch immer diskutierte, weitere Anhebung der starren Regelaltersgrenze stößt bei den Bürgerinnen und Bürgern auf eindeutige Ablehnung. 84 Prozent der Befragten sprechen sich gegen ein weiteres Hinausschieben des Renteneintrittsalters über das 67. Lebensjahr hinweg aus. Lediglich 14 Prozent der Wahlberechtigten betrachten eine solche Maßnahme als sinnvoll.

Die Antworten der jungen Generation unterscheiden sich auch hier nur geringfügig von allen Befragten: Ein höheres Eintrittsalter in die gesetzliche Rente lehnen 86 Prozent der 18- bis 34-Jährigen ab. Unterstützung erhält dieser Vorschlag nur von 13 Prozent der jungen Generation.



Ansprechpartner:

IG Metall-Vorstand
FB Sozialpolitik
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 069/66 93-24 25
Telefax: 069/66 93-28 70
E-Mail: rente@igmetall.de

Weitere Informationen unter
www.mehr-rente-mehr-zukunft.de